

Ilko-Sascha Kowalczyk

STASI KONKRET



Überwachung und
Repression in der DDR

C.H. Beck

Ilko-Sascha Kowalczuk

Stasi konkret

Überwachung und Repression
in der DDR

C. H. Beck

Zum Buch

Eine lückenlose Überwachung von Post und Telefon, ein Spitzel in jeder Kneipe, die Verstrahlung von Oppositionellen – es gibt nur wenig, was man der Stasi nicht zutraut. Doch was konnten Mielkes Männer wirklich und was taten sie ganz konkret? Ilko-Sascha Kowalczuk erzählt in diesem Buch die Geschichte der Stasi und hinterfragt dabei manche der scheinbaren Gewissheiten, die sich mit ihrem Bild verbinden.

Dass die Stasi alles wusste, mithörte und kontrollierte, vermuteten viele Menschen in der DDR. Sie selbst schürte diesen Mythos, um den Anpassungsdruck zu erhöhen. Nach 1989/90 ist sie zudem regelrecht dämonisiert worden. Ließ sich die Verantwortung für die SED-Diktatur auf diese Weise doch bequem auf einer einzigen ihrer Säulen abladen. Ilko-Sascha Kowalczuk wendet sich in diesem Buch gegen beides: Verharmlosungen *und* Übertreibungen. Stattdessen bestimmt er den historischen Ort der Stasi anhand ihrer konkreten Handlungen und deren Kontexten. Dabei gerät so manche scheinbare Gewissheit ins Wanken. So liefert dieses Buch etwa gute Argumente dafür, dass die Zahl der IM nur halb so hoch gelegen haben dürfte, wie gemeinhin angenommen, und dass die Intensität der Postkontrolle und die Stasi-Arbeit im Westen überschätzt werden. Viel zu lange hat sich die Forschung an den Plänen, Begrifflichkeiten und Kategorien des MfS orientiert. Es wird Zeit für eine Geschichte von unten, die fragt, was die Stasi konkret tat. Die DDR wird nicht Stasi-, sondern vollkommen zutreffend SED-Diktatur genannt.

Über den Autor

Ilko-Sascha Kowalczuk, geb. 1967, Dr. phil., Historiker, war sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission «Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit» und arbeitet seit mehreren Jahren als Projektleiter in der Forschungsabteilung der Stasi-Unterlagen-Behörde. Bei C.H. Beck liegt von ihm vor: *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR* (2009), *Die 101 wichtigsten Fragen DDR* (2009).

1. Auflage. 2013

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2013

Umschlagabbildung: MfS-Mitarbeiter bei einer Überwachung, Stasi-Emblem

© Siegbert Schefke/Havemann-Gesellschaft//BStU

Umschlaggestaltung: malsyteufel, willich

ISBN Buch 978-3-406-63838-1

ISBN eBook 978-3-406-63839-8

Die gedruckte Ausgabe dieses Titels erhalten Sie im Buchhandel
sowie versandkostenfrei auf unserer Website

www.chbeck.de.

Dort finden Sie auch unser gesamtes Programm und viele weitere
Informationen.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorspann	7
Vorwort	9
I. Geheimpolizei und Kommunismus	21
Ausgangsbedingungen: die sowjetische Besatzungsherrschaft <i>Souveränität ohne Selbständigkeit – Die schrittweise Übertragung der Regierungsgeschäfte an die DDR</i>	30 38
Der Weg zur Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit <i>Der sowjetische Geheimpolizei- und Geheimdienst- apparat in der SBZ</i>	40 41
<i>«Abwehr» und «Aufklärung»: Praxis und Theorie in der Kommunistischen Partei</i>	46
<i>Nachkriegsentwicklungen der Politischen Polizei bis Ende 1948</i>	54
II. Das MfS in der SED-Diktatur	57
Die ersten Rekrutierungen	59
Die Gründergeneration der ostdeutschen Geheimpolizei <i>Die «Russen-Gruppe»</i>	64 67
<i>Die «Häftlingsgruppe»</i>	71
<i>Die «Antifa-Gruppe»</i>	75
<i>Die Gruppe «unbeschriebener Blätter»</i>	78
<i>Prägungen der «Gründergeneration»</i>	79
Die Ministerfrage	84
Das MfS und die sowjetischen Dienste	88
Das MfS vor dem 17. Juni 1953 <i>Der Fall Karl Hamann: 1952–1956</i>	92 97
Zwischen Volksaufstand und Mauerbau	117
Das MfS in der Endphase der Ära Ulbricht <i>Der Prager Frühling und die Folgen</i>	139 143

Die Stasi unter Honecker	155
<i>Staatsicherheit in der Praxis: ein Fallbeispiel</i>	158
<i>Von der «Liquidierung» zur «Einschränkung».</i>	
<i>Die Bekämpfung von Widerstand und Opposition</i>	170
III. Tschekisten und Spitzel. Hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter	185
Die hauptamtlichen Mitarbeiter	186
Die inoffiziellen Mitarbeiter	209
IV. Weltweit im Einsatz? Das MfS außerhalb der DDR	247
Wie ein Agent der Hauptverwaltung A ins Gefängnis kam	263
V. Opposition und Widerstand. Das «Liebesministerium» (G. Orwell) in Aktion	277
Wahlen 1950	282
17. Juni 1953	286
Antikommunistischer Widerstand nach dem Aufstand	294
Mauerbau	298
Prager Frühling	301
Brüsewitz, Biermann, Bahro – Folgen	308
Polen	314
Keine Bilanz	329
VI. 1989/90 und die Folgen: Schlussbemerkungen	333
Nachspiele	347
Danksagung	363
Anmerkungen	365
Abkürzungsverzeichnis	408
Auswahlbibliographie	413
Bildnachweis	420
Personenregister	422

VORSPANN

«Ich muss mich an meine Tante und ihre Tochter erinnern, meine Cousine. Die Mutter bekam einen Anruf, ihre Tochter war dran, aber die stand neben ihr. Vielleicht war in der DDR nicht paranoid, wer sich verfolgt fühlte, sondern wer glaubte, es sei alles nicht so schlimm. Und das war die Mehrheit.»

(Falko Hennig, Schriftsteller, 2009)

Ulbricht, Pieck und Grotewohl besuchen in Cottbus einen Kindergarten und das Gefängnis. In beiden werden sie um eine kleine Spende gebeten. Sie geben jeweils jeder 100 Mark, nur Pieck gibt dem Gefängnis 1000 Mark. Verwundert fragen die beiden anderen ihn, warum er diese Unterscheidung gemacht habe. Pieck antwortet: «In einen Kindergarten jedenfalls kommen wir nicht mehr.»

(Witz)

Jürgen Fuchs wird am 19. November 1976 festgenommen. Er kommt ins zentrale MfS-Untersuchungsgefängnis nach Berlin-Hohenschönhausen. Der Vorwurf lautet: «staatsfeindliche Hetze». Am 26. August 1977, nach 281 Tagen Haft, wird er nach West-Berlin gezwungen, direkt aus dem Gefängnis. Genau zehn Tage zuvor sagt ihm ein MfS-Vernehmer: «Legen Sie sich später nicht mit uns an. Wir finden Sie überall. Auch im Westen. Autounfälle gibt es überall.»¹ In den Stasi-Akten zu Jürgen Fuchs findet sich später ein nachgemachter, passender Schlüssel zu seiner Wohnung in West-Berlin. Drei Tage vor seiner Ausbürgerung kommt das System der kommunistischen Erziehungsdiktatur in folgendem Satz von Rechtsanwalt Wolfgang Vogel gegenüber dem Häftling und Mandanten Fuchs auf den Punkt: «Sie gelten als unverbesserlich.»² Vier Worte, denen eingeschrieben ist, worum es geht: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Wo gehobelt wird, fallen Späne. Wer nicht mitmacht, kommt ins Gefängnis oder fliegt raus. Das war kein Spiel, sondern bitterer Ernst, der Biografien zerstörte oder wenigstens veränderte, und zwar nicht freiheitlich bestimmt, nicht selbstbestimmt, sondern von fremder Hand im Namen «der Sache», «des Volkes», einer «Utopie», «objektiver Geschichtsgesetze» exekutiert. Am 18. Februar 1977 brachte ein MfS-Untersuchungsführer gegenüber Jürgen Fuchs zum Ausdruck, warum das MfS, warum das SED-System so war, warum sie gar nicht anders konnten: «Entweder Sie an der Laterne oder wir, bildlich gesprochen.»³

VORWORT

Der russische Führer der Bolschewiki, Lenin, berichtete 1921, dass die Abkürzung seiner Geheimpolizei, «Tscheka», in keine Sprache übersetzt werden müsste. Schon wenige Monate nach ihrer Gründung war sie aufgrund des von ihr verbreiteten Terrors weltweit bekannt. Der nachhaltigste Beitrag zur Weltgeschichte, den die DDR leistete, war nur sprachlicher Natur. Dieser besteht aus einem Wort, aus einer Kurzbezeichnung: «Stasi».

Mit der Öffnung der streng verschlossenen Archive ab 1990 wurde einer verwunderten Weltöffentlichkeit bekannt, was die Geheimpolizei in diesem kleinen Land mit der Mauer und den paar Millionen Menschen in vierzig Jahren so alles getrieben und angestellt hatte. «Stasi» wurde schnell zum weltweiten Synonym für systematische Überwachung, Kontrolle, Verfolgung, Verrat und Bespitzelung. Wenn heute jemand einen Kontrahenten politisch in die Enge treiben will, braucht er ihn nur zu beschuldigen, «Stasi-Methoden» zu verwenden. Das geschieht dauernd irgendwo. Der Witz daran ist nur, dass diejenigen, die heute jemanden bezichtigen, «Stasi-Methoden» anzuwenden, dies in dem Moment selbst tun. Warum? Weil es eine Stasi-Methode war, etwas über jemanden in die Welt zu setzen, obwohl es nicht stimmte. Und heute ist zum Glück in der freien Welt niemand in der Lage, wirklich Stasi-Methoden anzuwenden. Vielleicht stimmen die Leser und Leserinnen nach der Lektüre des Buches dieser These zu.

Experten und manche Betroffene wissen mittlerweile sehr gut über die Geschichte und Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit, wie die Stasi die meiste Zeit offiziell hieß, Bescheid. Obwohl sich noch heute viele erregen können, wenn jemand einer Stasitätigkeit überführt wird, wissen die meisten eigentlich nicht genau, was die Geheimpolizei wirklich tat, wie sie arbeitete, wofür sie sich alles interessierte. Darauf will dieses Buch Antworten geben.

Eine Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit zu schreiben, ist weder originell noch modern. Denn die Stasi war keine Institution, die

Vorwort

autonom oder gar «als Staat im Staate» agierte. Gegründet als Handlanger der sowjetischen Geheimpolizei, entwickelte sich das MfS zur schärfsten Waffe der SED-Herrschaft. Als «Schild und Schwert der Partei», so die Selbstdefinition, hatte es «Angriffe» mit dem «Schild» abzuwehren und «Feinde» mit dem «Schwert» auszuschalten.

Die Geschichte jeder Diktatur ist weitaus mehr als die Geschichte ihrer Herrschafts- und Unterdrückungsapparate. Eine Gesellschaftsgeschichte der Diktatur wird diese angemessen zu berücksichtigen haben, aber sie muss genauso alle anderen gesellschaftlichen und staatlichen Sektoren, das Mittun und die Gegenwehr, die Anpassung und den Widerstand, die Zwänge der Herrschenden und Beherrschten, die allgemeinen wie speziellen Rahmenbedingungen in die Analyse mit einbeziehen. Und dennoch ist es gerechtfertigt, ein Buch über die Geschichte des MfS zu schreiben.

Jede Geheimpolizei, jeder Geheimdienst ist durch sein «operatives» Handeln, also durch das, was er wirklich tut, charakterisiert. Natürlich ist es für die historische Analyse wichtig, die «normativen» Rahmenbedingungen zu kennen. Im Fall des MfS sind das einerseits die Befehle, Dienst-anweisungen, Durchführungsbestimmungen und wie die Anordnungen sonst noch hießen. Andererseits gehören dazu in einem weiteren Sinne auch all die Unterlagen, die statistisch zusammenfassen, verdichtend wiedergeben, in nichtöffentliche Reden gegossen wurden oder in Leitungsprotokollen und Dienstbesprechungen nachzulesen sind. Aber das MfS lebte nicht in diesen «normativen» Vorgaben und Richtlinien, sondern in der «operativen» Arbeit. Diese hatte sich zwar möglichst im Rahmen der Vorgaben zu bewegen, aber erfassen lässt sich die Tätigkeit und Wirkung des MfS gerade darüber nicht; ebenso wenig wie über Statistiken, Zahlenkohorten oder andere «objektive» Angaben.

Mich interessiert auch weniger, was das MfS wollte, plante oder vorgab – obwohl darüber vieles zu erfahren sein wird in diesem Buch –, in meinem Fokus steht, was es tat und «erreichte». Das hört sich banal an, ist es aber gar nicht, wenn man einen Blick in die Literatur wirft. Wenn man sich zum Beispiel vorrangig mit Stellenplänen, Etats, Strukturveränderungen, Statistiken, Personalzuwächsen usw. beschäftigt, also innerinstitutionellen Angelegenheiten im Konkurrenzkampf mit anderen «Behörden», kommt man gewiss, und die Beweise liegen gedruckt vor, zu vielen interessanten Einsichten und Erkenntnissen. Aber: Erst in der konkreten Tätigkeit der Staatssicherheit lässt sich rekonstruieren, welchen Stellenwert

Vorwort

all diese Anweisungen hatten, warum es so viele davon gab und ob das eventuell etwas damit zu tun hatte, dass sie in der konkreten Arbeit ständig aus «operativen» Gründen missachtet wurden und deshalb die Theorie der Praxis fortwährend angepasst werden musste. In der bisherigen Literatur über die Stasi gibt es beides: Verharmlosungen *und* Übertreibungen. Dieses Buch versucht, den historischen Ort der Stasi anhand von konkreten Kontexten zu bestimmen – jenseits von einer auf möglichst hohe Zahlen fixierten Tonnenideologie, pauschalen Übertreibungen und Theorien oder gar apologetischen Rechtfertigungsstrategien. Es stellt einen Versuch dar, die Geschichte des MfS im System der SED-Diktatur zu verorten, sie zu historisieren und nüchtern zu betrachten, nüchterner als es in unserer alltäglichen Medienöffentlichkeit oft geschieht.

Eine von der Bibliothek des «Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR» (BStU) geführte Bibliographie zum Thema umfasst gegenwärtig mit weit über 5000 Titeln nur die *wichtigsten* und *offenkundigsten* Veröffentlichungen zur Stasi. Auch wenn wir Fachleute so tun, als würden wir diese, schätzungsweise noch 20 000 andere und Millionen Aktenblätter «kennen», überblickt tatsächlich niemand mehr den gesamten Ertrag an Forschungen, Erinnerungen und – bei diesem Thema fast zwangsläufig – Verschwörungstheorien.

Es gibt zahlreiche Experten, die sich in dem Dickicht der ostdeutschen Geheimpolizei mittlerweile besser auskennen als deren frühere Führungskräfte. Das hängt damit zusammen, dass MfS-Mitarbeiter immer nur gerade so viel Einblick in ihre Institution erhalten *sollten*, wie es für ihre Aufgaben notwendig war. Mit der Öffnung der Archive 1990/92 war es nicht nur möglich, eine wissenschaftliche Erforschung in Gang zu setzen, die sich in den besseren Fällen als Teil der internationalen Zeitgeschichtsschreibung versteht. Zugleich konnten Experten heranwachsen, deren verblüffendes Wissen in vielen Detailuntersuchungen zu bewundern ist.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Geschichte des MfS wird dadurch ungemein vereinfacht, dass es mittlerweile eine solide, umfassende Grundlagenliteratur gibt. Ohne diese hätte ich dieses Buch nicht schreiben können. Aber wer genau solche Grund- und Spezialdaten zur Geschichte des MfS sucht, wird von diesem Buch wohl eher enttäuscht sein.⁴ Denn diese Geschichte der Stasi ist keine bloße Geschichte der Institution, sondern eine Geschichte der Geheimpolizei in der DDR-Gesellschaft und im SED-Staat. Das Buch stellt also keine Geschichte des Ministeriums dar, in dem jeder institutionellen Entwicklung, nicht einmal jeder

Vorwort

historisch wichtigen, nachgespürt wird. Mein Ziel beim Schreiben bestand darin, das MfS *als Teil* der Diktatur im SED-Staat und in der DDR-Gesellschaft zu verorten.

In diesem Buch werden viele Zahlen verwendet. Dabei stütze ich mich überwiegend auf die Forschungsliteratur und zum Teil auf eigene Erhebungen. Allerdings lässt sich nicht oft genug betonen, dass die meisten Zahlen nur Annäherungswerte darstellen und Tendenzen vermitteln. Denn in ganz vielen Bereichen basieren die Zahlenangaben in der Forschung auf Schätzungen oder Hochrechnungen, die nicht immer plausibel sind. An mehreren Beispielen zeige ich das auf. Vor allem die Zahlen für die hauptamtlichen Mitarbeiter ab 1954 können als «hartes Datenmaterial» bezeichnet werden. Für die Zahlen der «inoffiziellen Mitarbeiter» (IM) versuche ich nicht nur neue Wege aufzuzeigen und bestehende Blockaden zu überwinden, sondern generell eine bislang praktisch für die DDR-Geschichte nicht bestehende Spitzel- und Denunziationsforschung anzuregen, die sich nicht mehr an den starren MfS-Kategorien orientiert. Es werden in diesem Buch nicht nur die weitläufig verwendeten Gesamtzahlen zu den IM in Frage gestellt, es wird auch verdeutlicht, dass wir bei der gesamten Problematik von Denunziation und Verrat in der Gesellschaft wissenschaftlich noch ganz am Anfang stehen. Es ist dringend nötig, die IM des MfS zu historisieren und ihre Tätigkeit in historische Kontexte von anderen Formen des Verrats zu stellen. Denn letztlich ist es der Forschung bis heute nicht gelungen, sich von den Begrifflichkeiten und Kategorien des MfS und so letztlich von dessen Vorgaben zu lösen.

Aber nicht nur für die IM-Forschung werden Fragen aufgeworfen. Auch einige konkrete Stasi-Handlungsfelder nehme ich kritisch unter die Lupe und frage zum Beispiel, ob gängige Annahmen über die Intensität der Postkontrolle oder die Arbeit der Hauptverwaltung A stimmen können. Ich kann dabei nicht immer neue Thesen anbieten, aber meine Überlegungen empirisch untermauern, die zumindest bisherige Erkenntnisse in Frage stellen und vielleicht weitergehende Forschungen anregen.

Generell steht jede Beschäftigung mit der Staatssicherheit vor dem Problem, dass diese sich bis 1989 selbst mythisierte und dann nach 1989/90 regelrecht dämonisiert worden ist. Jede abwägende Haltung setzt sich zwangsläufig dem Verdacht aus, zu verharmlosen oder zu beschönigen, gerade weil die Stasi-Forschung nicht in engen wissenschaftlichen Räumen stattfindet, sondern seit zwei Jahrzehnten unter großer Anteilnahme

Vorwort

der Öffentlichkeit erfolgt. Das hat einige Wissenschaftler in Versuchung geführt, sich selbst mit überzogenen Thesen ins Rampenlicht zu stellen. Übertreibungen können für die Wissenschaft produktiv sein, weil sie dazu anregen, genauer hinzuschauen. Aber Übertreibungen bezogen auf die Stasi haben sich tief ins kollektive Gedächtnis als «die Wahrheit» eingeschrieben, was es ausgewogeneren Sichtweisen erschwert, überhaupt wahrgenommen zu werden. Tatsächlich ist es so, dass bei öffentlichen, nichtwissenschaftlichen Veranstaltungen nur selten Widerspruch zu hören ist, wenn der Stasi noch so abenteuerliche Verbrechen, noch so gewaltige Mitarbeiterzahlen oder noch so ungeheuerliche Ausmaße der Überwachungspraxis zugeschoben werden. Wenn man solche Aussagen aber bezweifelt, nach der realen Machbarkeit und den tatsächlichen Möglichkeiten fragt, sieht man sich schnell vielen Zeitzeugen und Experten gegenüber, die lautstark protestieren und einem auf der Grundlage eigener Erfahrungen (die nicht in Abrede zu stellen sind!) und «seriöser» wissenschaftlicher Literatur erklären, dass dies nicht wahr sei, weil es nicht wahr sein könne.

Dieses Buch versucht nicht nur, dem Phänomen der Stasi auf die Spur zu kommen. Es betont auch immer wieder, dass das MfS nur im gesamten Gefüge des Macht- und Herrschaftsapparates zu verstehen und zu analysieren ist. Im Prinzip war die Stasi nicht nur der SED unterstellt – das MfS war historisch gesehen ein Teil des SED-Parteiapparates. Auch diese Perspektive wirft Fragen und Probleme auf, von denen einige diskutiert werden.

Begrifflich wird die Stasi in diesem Buch mit vielen Synonymen belegt. Entscheidend ist der Ansatz, das MfS vorrangig als Geheimpolizei darzustellen und entsprechend zu bezeichnen. Vom Geheimdienst wird nur dann gesprochen, wenn tatsächlich auch geheimdienstliche Tätigkeit gemeint ist. Während Geheimpolizeien gegen die und in der eigenen Gesellschaft arbeiten, agieren Geheimdienste im In- und Ausland gegen auswärtige Kräfte und Institutionen. Der zeitgenössische und weit verbreitete Quellenbegriff «Kalter Krieg» kommt in diesem Buch ebenso wenig vor wie andere von einigen Historikern favorisierte Termini wie etwa «Systemkonkurrenz». Natürlich sind die Zusammenhänge und gegenseitigen Abhängigkeiten und Einflüsse, die über Grenzen hinweg wirkten, immer zu berücksichtigen. Aber gerade der Begriff «Kalter Krieg» behindert mit seiner normativ aufgeladenen Energie und seiner Einseitigkeit auf die beiden Lager der Supermächte USA und UdSSR eher unvoreingenommene

Vorwort

Perspektiven auf das Zeitalter von 1945 bis 1989/91, als dass er die Komplexität einer globalisierten Welt und die sich daraus ergebene Unübersichtlichkeit und Vielschichtigkeit frei legen könnte.⁵

Im Kern geht es diesem Buch darum, möglichst anschaulich zu erzählen, wie sich die konkrete Arbeit der Geheimpolizei vollzog, warum es sie überhaupt gab, was hauptamtliche Mitarbeiter so alles machen mussten, wollten und zu «ertragen» hatten, welche Bedeutung inoffizielle Mitarbeiter hatten, ob jeder IM wirklich auch ein IM war, ob IM gleich IM ist, wie das MfS mit anderen Institutionen zusammenwirkte oder wie die SED das MfS anleitete. Da sich in den vierzig Jahren seiner Existenz auch das MfS wandelte und sich den jeweiligen politischen Gegebenheiten anpassen musste, versuche ich, solche Veränderungen zu veranschaulichen.

Das Hauptproblem beim Schreiben eines Buches über die Stasi besteht noch immer darin, dass, wenn man differenziert und nicht nur allgemein schreiben will, man zuweilen gezwungen ist, Begrifflichkeiten und Selbstbezeichnungen des MfS zu übernehmen. Ich hoffe, dies auf ein Mindestmaß eingeschränkt zu haben. Solange wir in der Forschung überwiegend auf die MfS-Kategorien und -Begrifflichkeiten zurückgreifen, ist es noch nicht gelungen, die Geschichte der Stasi einer wissenschaftlichen Historisierung zu unterziehen. Im Kapitel III zeige ich anhand grundlegender Beispiele, warum dies künftig nötig ist und welche Konsequenzen ein neuer wissenschaftlicher Zugriff für den Blick auf die Stasi, aber auch auf die SED-Diktatur und die DDR-Gesellschaft insgesamt haben könnte. Ein solcher Paradigmenwechsel könnte beispielsweise auf methodische Anleihen bei der NS-Forschung⁶ oder komparatistischen Perspektiven auf andere Ostblockstaaten⁷ zurückgreifen.

Manche Leser könnte verwundern, warum es ein bisschen dauert, bis dieses Buch Fahrt aufnimmt, bis es wirklich bei «der» Stasi angelangt ist. Drei Gesichtspunkte sind dafür ausschlaggebend. Erstens sind längere Ausführungen zur Nachkriegsentwicklung der «Dienste» und deren gegenseitiger Verflechtung nötig. Diese bildete die Grundlage, auf der das MfS entstand. Noch wichtiger aber ist zweitens, wie sich die Strukturen und Arbeitsweisen der sowjetischen Dienste nach 1945 in ihrer Besatzungszone herauskristallisierten und veränderten. Denn das MfS agierte einige Jahre zunächst nur als verlängerter Arm der sowjetischen Geheimpolizei, blieb aber auch nach dem Mauerbau immer nur der «kleine Bruder» des sowjetischen KGB so wie die SED und ihre Diktatur letztlich nicht nur der Moskauer Zentrale unterstanden, sondern auch von ihr stets

Vorwort

abhängig waren. Auch der Untergang der DDR ist dafür bezeichnend. Insofern sind einige grundsätzliche Bemerkungen zu den sowjetischen Institutionen nach 1945 unerlässlich.

Schließlich muss erklärt werden, was sich in einem IM-Bericht von 1966 so liest: «An dem bewussten 7.10. nun gab es eine kleine Feier der Genannten. Diese fand in den Räumen des Restaurants Moskau [in Ost-Berlin] statt. Als sie gehen wollten, kamen sie ungewollt in eine Diskussion mit einem kleinen dicken Mann, der sich schlagend auf der Straße mit einer Gruppe Menschen unterhielt. Auch der [...] gab eine Antwort. Warum benehmen sie sich so, wenn sie viele Abzeichen haben? Und ich glaube nicht, dass Schläge eine Diskussionsgrundlage sind. Daraufhin wurden sie verhaftet. [...] Unter Tränen wurde[n] sie über ihr Privatleben ausgefragt [...] In einem Gespräch, das sie hatten, wurde ihnen klar, dass es sich bei der Person, die sie in der Nacht geschlagen hatte, um den Minister für Staatssicherheit handelte. [...] Beide sind der Ansicht und wollen gehört haben, dass solche Ereignisse beim Genossen Mielke nicht zum ersten Mal stattgefunden haben sollen.»⁸

Diese Anekdote drängt fast zwangsläufig die Frage auf, warum Erich Mielke und warum auch viele andere Gründer der Staatssicherheit so auf Gewalt fixiert waren. Das lässt sich nur abstrakt beantworten, aber im Falle der MfS-*Gründergeneration* versuche ich dies anhand ihrer Biographien und Erfahrungen wenigstens anzudeuten. Und da sie das MfS jahrzehntelang dominierte und die Mitarbeiterschaft auch nach ihrem Ausscheiden nicht unerheblich mental beeinflusste – Mielke blieb wie einige andere aber bis zuletzt dabei –, lohnt es schon, sich diese Gruppe genauer anzuschauen.

Das Inhaltsverzeichnis des Buches deutet an, dass dieses Buch sowohl Entwicklungen historisch analysiert als auch anhand von Fallbeispielen die MfS-Tätigkeit konkret darstellt. So erhalten die MfS-Mitarbeiter ein Gesicht und es werden Betroffene nicht als namenlose Opfer, sondern in ihren individuellen Handlungen vorgestellt. Denn auch das ist wichtig: Zwar waren viele, die die Staatssicherheit in der DDR verfolgte, wirklich «nur» Opfer, aber nicht wenige verstanden sich als Akteure, die systemlogisch ins Visier des MfS gerieten und eben gerade nicht zu Opfern, sondern als aktiv Handelnde verfolgt und belangt wurden. Die Fallbeispiele betreffen nicht nur einzelne Verfolgte, sondern legen auch dar, wie das MfS auf ein konkretes Ereignis reagierte oder wie es in einer großen Institution mit einer eigenen SED-Kreisleitung vorging, sich entfaltete, struk-

Vorwort

turell verankert und mit SED und anderen eng verflochten war. Diese Fallbeispiele sollen in ihrer Gesamtheit ein Bild vom MfS in Staat und Gesellschaft zeichnen.⁹

Eines wird in diesem Buch immer wieder betont und gezeigt. Nicht das MfS legte sich wie ein Krake über die Gesellschaft, sondern die SED und erst in ihrem Schlepptau das MfS. Es war kein Staat im Staate, sondern Teil dieses Staates, der SED-Diktatur. Das könnte die Frage aufwerfen, ob dann überhaupt eine «Teilgeschichte» Sinn macht und nicht zu historischen Verzerrungen führt. Nach der Lektüre dieses Buches, so meine Hoffnung, sollte sich diese Frage nicht mehr stellen. Gleichwohl bleibt die Aufgabe, eine umfassende DDR-Gesellschaftsgeschichte, die alle wichtigen Aspekte und Entwicklungen dieses Abschnitts deutscher Teilgeschichte zusammenführt und mit der gesamten deutschen Zeitgeschichte verzahnt, eine lohnende Aufgabe. Dass nicht die Rede davon sein kann, dass die DDR-Geschichte oder auch die hinterlassenen Archivalien «langweilig» seien, wie einige einflussreiche Zeithistoriker immer wieder einmal betonen,¹⁰ möchte auch dieses Buch nebenbei erweisen. Dass solche Historiker offenbar ein merkwürdiges Verständnis von Geschichte überhaupt haben – es gibt keine langweilige Geschichte, aber jede Menge langweilige Bücher über sie –, ist offenkundig. Dass sie aber von den Akteninhalten, auch und gerade der Stasi, meist aus eigener Anschauung nichts wissen, sei nur deshalb betont, weil tatsächlich die Breite und die vielfach noch ungenutzten Fragemöglichkeiten an sie, die diese Akten offenbaren, insgesamt für kultur-, mentalitäts-, alltags- oder gesellschaftshistorische Arbeiten noch zu wenig genutzt worden sind. Das hängt nicht nur mit den Zugangsmöglichkeiten zusammen, sondern auch mit vielen Vorurteilen gegenüber diesen Akten, die gerade Historiker eigentlich nicht haben sollten.

Nicht gelöst werden in diesem Buch viele offene, ganz konkrete Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem MfS stellen. Weder diskutiere ich umstrittene IM-Fälle noch spekuliere ich über *juristisch* angeblich nicht beweisbare IM-Tätigkeiten. Ich kann auch keine neuen Antworten dafür liefern, ob zum Beispiel das MfS einzelne Häftlinge verstrahlt hat. Interessant ist allemal, dass viele der Stasi das zutrauen. Beweiskräftige Belege dafür gibt es bislang nicht. Mir konnte bisher auch niemand erklären, welchen Sinn so etwas gemacht hätte. Damit jemand 10, 15, 20 Jahre später daran stirbt? Es ist möglich, dass die Stasi das tat, aber es ist eben nicht beweisbar.¹¹ Wenn das MfS auch ein Planungsinstitut war, «opera-

Vorwort

tive» Erfolge wurden in deutlich kürzeren Zeiträumen «abgerechnet». Tatsächlich aber hat das MfS radioaktives Material eingesetzt, um Sachen, Gegenstände und Personen zu markieren. Das ist kriminell genug – gesundheits- und lebensgefährlich für die Überwachten war es zudem. Auch die zuweilen in einzelnen Fällen umstrittene Frage, ob jemand in der Stasi-Haft ermordet wurde oder sich, aus welchen Gründen auch immer, dort umbrachte, ist, so schrecklich es sich anhören mag, historisch zweitrangig. Entscheidend für die historische Einschätzung des Systems, in dem sich so etwas vollzog, ist doch, dass die betroffene Person in Stasi-Haft kam, *weil* sie anders dachte, lebte, aussah und daher verfolgt wurde – und *deshalb* umkam.

Diese Beispiele abgewandelt zeige ich an einigen Stellen, dass es ausreicht, sich auf das zu konzentrieren, was belegbar und stichhaltig ist. Das ist oft kriminell genug. Das Besondere an der Staatssicherheit waren nicht – wie viele bis heute glauben mögen –, sich in bombastischen Zahlen ausdrückende Statistiken über hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter, heimlich gelesene Briefe, abgehörte Telefonate, mitgeschnittene Verhöre, überwachte Personen und so weiter. Solche weithin bekannten Statistiken verstellen sogar den historischen Blick auf die Geheimpolizei und damit auf die DDR-Gesellschaft. Das werde ich an einigen Stellen konkret und kritisch nachfragend erörtern. Deshalb enthält dieses Buch ganz nebenbei eine Reihe offener Forschungsfragen. Ganz vieles davon ist mir selbst erst beim Schreiben an diesem Buch aufgefallen. Das hängt damit zusammen, dass mir erst im Zusammenhang mit dieser Gesamtdarstellung bewusst wurde, wie viele angeblich gesicherte Erkenntnisse tatsächlich fragwürdig sind. Das ist aber normal in wissenschaftlichen Arbeitsprozessen. Ich habe deshalb auch einige bedeutende Standardwerke so ernst genommen, dass ich mich mit ihnen wissenschaftlich besonders intensiv befasst habe, was einschließt, dass ich zuweilen mit anderen Fragestellungen und Materialien zu gegensätzlichen Thesen gelangte.

Dieses Buch versucht, *eine* wissenschaftliche Perspektive auf die ostdeutsche Geheimpolizei zu entwickeln. Dabei wurde mir nicht nur bewusst, wie vieles ich nicht wusste, sondern auch, wie vieles noch nicht einmal ansatzweise wissenschaftlich bearbeitet worden ist. Daher kann ich in diesem Buch an einigen Stellen selbst nur Fragen aufwerfen. Obwohl es, wie bereits betont wurde, eine schier unüberschaubare Anzahl von Veröffentlichungen zur Stasi gibt, beziehen sich die meisten auf die Institution und ihr Treiben selbst. Gesellschafts-, mentalitäts- oder kul-

Vorwort

turgeschichtliche Arbeiten, die auch das MfS einschließen oder die Stasi in solchen Perspektiven analysieren, sind sehr rar. In vielen Publikationen wird die Staatssicherheit nicht integrativ behandelt, sondern additiv als Sonderfall.¹² Sowohl in der Erforschung der SED-Diktatur und der DDR-Gesellschaft, aber auch bei künftigen Forschungen zur Stasi benötigen wir neue Ansätze und Perspektiven, wenn wir die vielen verschiedenen Bereiche von Staat und Gesellschaft im Ganzen betrachten wollen. Einige mögliche Wege dafür diskutiere ich in diesem Buch.

Ein generelles Problem – das auch ein Forschungsdesideratum darstellt – sei hervorgehoben. Die Stasi war eine Männersache, ein Männerministerium – alle Zahlen sprechen dafür. Natürlich gab es Frauen: als hauptamtliche Mitarbeiterinnen, als inoffizielle Mitarbeiterinnen, als Ehefrauen, Mütter, Töchter, als Bespitzelte, Verfolgte, Inhaftierte und Hingerichtete. Darüber gibt es Literatur. Aber es existiert keine Genderforschung zur Staatssicherheit, die wohl mehr sein müsste, als nach Statistiken und Rollenzuschreibungen zu fragen und nach einschlägigen Zitaten zu fahnden. Was machte es eigentlich mit den Männern in dieser Institution, fast immer nur unter sich zu sein? Wie gingen diese mit ihren verschiedenen sexuellen Identitäten um? Was folgte daraus? Warum blieben die Tätigkeiten von Frauen (auch) in dieser Institution auf die ihnen traditionell zugeordneten Dienstleistungsfunktionen beschränkt? Welche Rolle spielte sexuelle Gewalt in den verschiedenen Bereichen der Stasi-Tätigkeit? Warum gab es praktisch fast keine Führungsoffizierinnen von IM? Warum arbeitete das MfS überhaupt nur mit grob gerechnet knapp fünf Mal weniger Frauen als Männern zusammen in der Funktion als IM? Welche Folgen hatte das für die Sprache, die Wahrnehmungen und die Perspektiven der Stasi? Und: Stand das nicht der angestrebten flächendeckenden Überwachung einer ganzen Gesellschaft entgegen? Allein diese letzte Frage könnte wissenschaftliche Studien zu völlig neuen Perspektiven bringen.

Solche und andere Fragen ließen sich auflisten. Hier eröffnete sich ein gesellschaftshistorischer Fragekomplex, der weit über die Stasi hinausreichte, bislang aber nicht einmal ansatzweise wissenschaftlich erörtert worden ist. Auch das ist mir erst bewusst geworden, als ich dieses Buch schrieb. Daher bleibe ich auch – zu meinem eigenen Ärger – dieser Männersicht auf die Staatssicherheit verpflichtet, was sich schon «äußerlich» in der durchweg maskulinen Sprache und den Benennungen in diesem Buch offenbart.

Vorwort

Das MfS war eine Geheimpolizei mit vielen untypischen Aufgaben, die es zugeschrieben bekam oder an sich zog. Das wird in diesem Buch gezeigt. Denn für die «einzigartige» Größe und Ausdehnung der ostdeutschen Geheimpolizei war dieser Umstand nicht ganz unwesentlich. Aber zugleich entwickelte sich das MfS wiederum so, dass alle Diensteinheiten und Aufgabenbereiche unter einem Dach für eine Politik standen und eng Hand in Hand zusammenarbeiteten. Deshalb wird in diesem Buch der Hauptverwaltung A (HV A)¹³, zum Beispiel, auch nicht jene herausgehobene Bedeutung und Sonderrolle zugeschoben, die ihr einige frühere Offiziere sowie manche Journalisten und Historiker gern andichten wollen.

Die wissenschaftliche Arbeit mit MfS-Akten stellt nicht nur harte Kärrenarbeit dar. Immer wieder begegnen allen damit Befassten «Blüten», unfreiwillige Komik, Groteskes und Absurdes. Die Beispiele sind mittlerweile kaum noch überschaubar. Mal wird ermittelt, wer Platon war, um festzustellen, er gehöre zu frühbürgerlichen Philosophen, die für die westliche Demokratie eintraten. Andere MfS-Analysen wiederum stellen fest, mit einem speziellen Auftrag versehen, dass Nietzsche gegen die Demokratie gekämpft habe. Dann gab es Stasi-Experten, die zu Propagandazwecken in Auftrag gegebene Kunstwerke zu beurteilen hatten und kritisierten: «Gesichtszüge ändern. Mehr Optimismus hineinlegen». In Personeneinschätzungen finden sich fast «gesetzmäßig» unentwegt ulkige Beobachtungen. So ist über einen Agrarhistoriker festgehalten worden: «Jedes Gespräch, das er mit uns führte, lief auf seine Arbeit über den Pflug hinaus. Es existierte für ihn sozusagen weder Partei oder die Politik, oder zumindest sah er die Partei und Politik nur vom Gesichtspunkt seines Pfluges aus.»¹⁴ Ein anderer Stasi-Mitarbeiter wiederum wunderte sich, dass der Erzfeind Erich Wollenberg 1953 auf einmal Minister geworden war – irgendwie ging da etwas schief, der neue Minister hieß Ernst Wollweber. Aber man muss nicht einmal in die Akten schauen, um sich so manches Durcheinander vorzustellen. Was für Codes etwa muss es in jenen Abteilungen gegeben haben, wenn es hieß, Genosse Mielke hat gesagt und nicht sofort alle automatisch stramm standen? Ende 1989 gab es nicht nur Minister Erich Mielke, sondern im MfS noch 34 weitere Personen (nur einer davon war sein Sohn) mit diesem Nachnamen. Solche und viele weitere Kuriositäten ließen eine Geschichte des Ministeriums entstehen, über die man nur noch lachen könnte. Aber das Thema ist sehr ernst, die Staatssicherheit verstand keinen Spaß und deshalb sollten die

Vorwort

unfreiwillig komischen Einlagen auch nur als das genommen werden, was sie überwiegend waren: Normabweichungen, die uns heute vielleicht erheitern, aber in der Realität alles andere als komisch waren. Witze über die Stasi gab es zuhauf, aber auch da verstand sie keinen Spaß. Einige sind in diesem Buch enthalten, für nicht wenige Menschen in der DDR aber waren solche Witze bitterer Ernst. Immer wieder sind sie, wenn ein Angeklagter sie «verbreitet» hatte, in politischen Strafprozessen als «strafverschärfend» und «Hetze» bewertet worden und haben das Urteil erhöht. Allerdings gab es, auch wenn immer wieder das Gegenteil behauptet wird, fast keinen Fall, in dem jemand *nur* wegen des Weitererzählens eines politischen Witzes verurteilt worden ist.¹⁵

Die Zeitgeschichtsschreibung unterliegt im Vergleich mit anderen geschichtswissenschaftlichen Disziplinen nicht nur in einem besonderen Maße Archivgesetzschutzregelungen und Datenschutzgesetzen. Sie ist auch mit einem Sondergesetz, dem Stasiunterlagengesetz (StUG), konfrontiert. Während das Bundesarchivgesetz die Akteneinsicht regelt und definiert, was warum zu welchem Zeitpunkt noch zur generellen Einsicht gesperrt ist, stellt das StUG das Gegenteil dar. Es ist ein Verbotsgesetz mit Erlaubnisvorbehalt und definiert, was unter welchen Umständen von wem eingesehen werden kann. Das hört sich kompliziert an. Tatsächlich aber heißt dies, dass jeder Forscher und jede Forscherin, um die Privatsphäre der in den Akten erwähnten Personen zu schützen, weitaus restriktiveren Regeln im Umgang mit MfS-Unterlagen unterliegt als bei vielen anderen zugänglichen Akten. Deshalb gibt es in diesem Buch einige wenige Passagen, die verfremdet oder bei denen die Quellen nur sehr allgemein angegeben werden.

I. GEHEIMPOLIZEI UND KOMMUNISMUS

Am 9. Februar 1950 vermeldete das *SED-Zentralorgan* «Neues Deutschland» auf seiner Titelseite lapidar: «Ministerium für Staatssicherheit gebildet». Weiter heißt es in der Kurzmitteilung: «Die Provisorische Volkskammer verabschiedete in ihrer gestrigen 10. Tagung auf Vorschlag der Regierung das folgende Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit. § 1 Die bisher dem Ministerium des Innern unterstellte Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft wird zu einem selbständigen Ministerium für Staatssicherheit umgebildet. Das Gesetz vom 7. Oktober 1949 über die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (GB1. S. 2) wird entsprechend geändert. § 2 Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.» Wenige Tage später war zu erfahren, dass Wilhelm Zaisser als Minister und Erich Mielke als Staatssekretär in das neu gebildete Ministerium berufen worden seien.¹

Bei den Menschen in der DDR stieß die Nachricht jedoch kaum auf wahrnehmbare Reaktionen. Zwar berichteten westliche Rundfunksender und Zeitungen, aber in den meisten bekannten Tagebüchern und Briefen aus jener Zeit wird die Gründung nicht einmal erwähnt. Abgesehen davon, dass viele knapp fünf Jahre nach Kriegsende in ihrem noch größtenteils zerstörten Lebensumfeld vor allem mit dem nackten Überleben beschäftigt waren, nahm ganz offenbar kaum jemand die Gründung des MfS als Einschnitt im politischen System wahr. Dies war auch nicht verwunderlich. Griff doch zu dieser Zeit der Terror der sowjetischen Besatzungsmacht ohnehin unmittelbar in das alltägliche Leben der meisten ein.

Das «spurlose» Verschwinden von Personen sprach sich schnell herum, verbreitete Angst, schüchterte ein – und genau dies war damit auch bezweckt. Aus dem Tagebuch des Historikers Gerhard Schulz, das dieser während seiner Leipziger Studentenjahre führte, wird ersichtlich, wie politisch interessierte Menschen die neuen Verhältnisse wahrnahmen. Schulz stand den sozialistischen Ideen aufgeschlossen gegenüber. Doch schon bald setzte Desillusionierung ein. Einige Monate vor der DDR-Gründung am 7. Oktober 1949 vermerkte der 24-jährige Geschichtsstu-

I. Geheimpolizei und Kommunismus

dent: «Wer wollte es bestreiten, dass wir in einer Diktatur leben, die sich anschickt, immer weiter in unserem Leben vorzudringen mit dem Ziel, es restlos zu erfüllen. Der Unterschied zu der vergangenen liegt lediglich im Qualitativen und in der Ersetzung der personalen Spitze der diktatorisch-bürokratischen Hierarchie durch die anonyme Vertretung der Besatzungsmacht. [...] Und wer künftig leben will, muss sich fügen. Es wird nur noch Emigranten, Bettler oder Gesinnungsgenossen geben – und natürlich die naiv-einfältigen Intellektuellen.»² Einen Tag nach der Staatsgründung notierte Schulz, die Etablierung des Einparteienstaates gehe nun rasch voran, freie Wahlen seien nicht vorgesehen. Als Hoffnung bleibe nur noch, dass sich die deutschen Kommunisten von der Besatzungsmacht etwas emanzipierten und vor allem, dass sich die bürgerlichen Parteien nicht den Machtansprüchen der SED total unterwürfen. Aber auch diese Hoffnung zerstob schnell – Schulz flüchtete im April 1950 in den Westen.

Der unmittelbare Vergleich von nationalsozialistischer und kommunistischer Diktatur war bis weit in die späten fünfziger Jahre verbreitet, brach aber auch danach niemals ab. «Vergleich» hieß allerdings damals «Gleichsetzen». Dafür nur ein Beispiel: Eckhard Müller-Mertens kam aus kurzer Kriegsgefangenschaft zurück nach Berlin. Und auch er registrierte bereits im Mai 1946, kurz nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED: «Berlin macht sehr schlechten Eindruck. Riesige Propaganda der SED. Man hat den Eindruck wie unter Hitler, nur mit vertauschten Rollen. [...] Die Einheitspropaganda legt sich bedrückend aufs Gemüt. [...] Lehne SED ihrer undemokratischen Methoden wegen ab. Sie ist eine faschistische Partei.»³ Anders als Schulz wird der Geschichtsstudent Müller-Mertens dennoch SED-Mitglied, macht in der DDR Karriere und avanciert schließlich zu einem der international anerkanntesten marxistischen Mediävisten. Politisch bleibt er gespalten in eine öffentlich angepasste und in eine privat das System ablehnende Person. Die DDR bezeichnete er noch vor dem Mauerbau als «Faschismus von links».⁴

Solche Beispiele lassen eine gesellschaftliche Atmosphäre anklingen, in der nachvollziehbar wird, warum die Bildung des MfS ohne nennenswerte gesellschaftliche Reaktionen erfolgen konnte. Terror, Willkür und Rechtsunsicherheit gehörten in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und später dann in der DDR längst wieder zum Alltag. Im Gegensatz zur NS-Diktatur, die von einer Mehrheit der Deutschen fast bis zum Schluss be-

I. Geheimpolizei und Kommunismus

geistert oder misstrauisch, in jedem Fall aber aktiv mitgetragen worden ist, wurde die neue Ordnung jedoch überwiegend abgelehnt.

Die sowjetische Besatzungsmacht und ihre deutschen Helfer wandten sich zwar gegen die «Kollektivschuldthese», ließen aber in Wort und Tat keine Zweifel aufkommen, dass die deutsche Gesellschaft für die Verbrechen des Nationalsozialismus zu büßen habe. Dabei wussten sie frühzeitig zu unterscheiden. Denn so sehr die deutschen Kommunisten den Antifaschismus als lebensprägende Erfahrung mit sich trugen, so sehr wurde ihr praktizierter Antifaschismus nach 1945 zu einem Instrument der Machtetablierung und -stabilisierung. Sehr früh, früher als jede andere politische Kraft in Deutschland, setzten sie sich für die gesellschaftliche Integration der «Mitläufer» und «nominellen Pgs» ein.⁵ Der gemeinsam mit Wilhelm Pieck der SED vorstehende Otto Grotewohl, ein ehemaliger Sozialdemokrat, brachte im Juni 1946 auf einer Sitzung des Parteivorstandes zum Ausdruck, dass es «kurzsichtig und unklug [...] wäre, eine sozialistische Massenbewegung in Deutschland gegen einen Block von 25 bis 30 Millionen Menschen organisieren zu wollen».⁶ Drei Jahre später, Anfang März 1949, führte der damalige sächsische Innenminister und spätere MfS-Minister Wilhelm Zaisser auf einer Tagung sächsischer Oberbürgermeister, Landräte und leitender Regierungsmitarbeiter in Anwesenheit von Walter Ulbricht aus: «Wir können in Bezug auf seine demokratische Zuverlässigkeit heute nicht mehr argumentieren: Weil der Mann vor 1945 nominelles Parteimitglied der NSDAP war, darum ist er heute noch politisch unzuverlässig [...] Wir haben immerhin das Jahr 1949. [...] Menschen, die in diesen vier Jahren von Anfang an unter den schwersten Bedingungen ehrlich und loyal und erfolgreich mitgearbeitet haben, sind unter Umständen heute auch für unsere Verwaltung wertvoller als dieser oder jener, der immer und ewig lau zur Seite gestanden hat und eben aus diesem Grunde auch nicht Pg. geworden ist, um auch das noch anzuschneiden, man eines nicht vergessen soll: Es gibt eine ganze Reihe Nicht-Pg., die das heute positiv angestrichen haben wollen, die seinerzeit nicht in die Nationalsozialistische Partei eingetreten sind, weil das ihrer Meinung nach eine sozialistische Arbeiterpartei war, die ihnen also sozusagen zu weit links stand [...] Wir verlangen nicht den negativen Nachweis des Nichtbelastetseins, des Neutralseins, sondern den positiven Nachweis des Mitmachens.»⁷

Das mag Ausdruck eines politischen Pragmatismus gewesen sein. Allerdings impliziert diese Aussage eine Grundannahme, die im gesellschafts-

I. Geheimpolizei und Kommunismus

politischen Alltag handfeste, oft tragische Auswirkungen zeitigte. Denn der «positive Nachweis des Mitmachens» beinhaltete zugleich einen Generalverdacht, den der ehemalige Priesterschüler Josef W. Stalin und seine kommunistische Partei so formulierten: «Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.»⁸

Die dramatischen Folgen dieser politischen Geisteshaltung sind bekannt. Gewalt war immanenter Bestandteil der kommunistischen Herrschaft. Die 1945 aus Moskau zurückgekehrten deutschen Kommunisten, aber auch die aus dem westlichen Exil gekommenen oder die aus den Zuchthäusern und Konzentrationslagern befreiten, die nunmehr in der Ostzone die Macht übernahmen, verfügten mehrheitlich über ein Gesellschaftsbild, das sich aus verschiedenen Quellen speiste. Da wäre zunächst als politische Theorie der Marxismus-Leninismus zu erwähnen, insbesondere wie er sich nach 1917/18 «an der Macht» entwickelt hatte. Er kreiste theoretisch wie praktisch um die Frage der Herrschaftsausübung, zu deren legitimen Mitteln Gewalt, Unterdrückung, Mord und Massen-deportationen zählten. Hinzu kamen politische Erfahrungen insbesondere seit der Novemberrevolution von 1918. Die Kaderkommunisten blieben immer, auch wenn sie zuweilen bei Wahlen Millionen Wählerstimmen erhielten, in ihrer Selbstwahrnehmung eine von umtriebigen Feinden umzingelte Gruppe. Sie wähten sich nicht nur ständig in ihrer Existenz bedroht, sie waren es auch. In der Endphase der Weimarer Republik arbeiteten sie bei vereinzelt Aktionen sogar mit den Nationalsozialisten zusammen und sahen die Sozialdemokraten als «Sozialfaschisten», die es als «Hauptfeind» zu bekämpfen gelte. Anders als sie selbst es nach 1945 darstellten, hatten sie damit zum Untergang der Demokratie beigetragen. Ab 1933 waren die Kommunisten dann aber jene politische Gruppe, die am schärfsten von den Nationalsozialisten verfolgt, unterdrückt, bekämpft und tausendfach gemeuchelt wurde. Diese Bürde ist ihnen nach dem Untergang des Dritten Reiches von vielen als moralischer Vorteil zuerkannt worden und auch sie selbst nutzten sie, um ihre Herrschaftsansprüche historisch zu legitimieren.

Als vielleicht wichtigste Quelle dienten ihnen sowjetische Erfahrungen. Die innerparteilichen Flügelkämpfe und der «Bolschewisierungsprozess der KPD» hatten die Partei zu einem treuen Vasallen Moskaus gemacht. Dabei hatten sich ihre Anhänger daran gewöhnt, dass der Freund von gestern der zu vernichtende Feind von heute werden konnte. Diese bereits in der militaristisch organisierten KPD der Weimarer Republik auszu-

I. Geheimpolizei und Kommunismus

machende mentale Disposition wurde durch die stalinistischen Säuberungen der 1930er Jahre noch einmal erheblich verstärkt. Die deutschen Kommunisten machten sich nicht nur die Deutungen der russischen Bolschewiki über die Jahre 1917 bis 1924 zu eigen. Auch als der Terror ab 1929 erneut einsetzte und mit den Jahren 1932/33 und 1936/38 zu bis dahin ungeahnten Auswüchsen mit Millionen Toten führte, standen sie meist treu und ohne größere Zweifel auf der Seite Stalins und seiner Schergen. Endlich schien die Stunde gekommen, die Welt vom Joch der Unterdrückung, Ausbeutung und Kriege zu befreien. Bis *dahin* schien es *jetzt* nur noch ein vergleichsweise kurzer, wenn auch dorniger Weg zu sein. Die Kommunisten glaubten, dieser Weg sei von Marx «wissenschaftlich prognostiziert» und von Lenin unwiderruflich beschritten worden. Ihre Theorie kam ihnen dabei zu Hilfe. Denn die «historisch-materialistischen Geschichtsgesetze», die sich gleichsam wie Naturgesetze vollzögen und an deren Ende der Kommunismus stünde, waren der Takt-, besser Zuchtstock, mit dem die herrschenden Kommunisten ihre Partitur rücksichtslos durchzusetzen gedachten. Hannah Arendt schreibt dazu: «Populär und scheinbar harmlos äußert sich die terroristische Gesinnung bereits in dem Sprichwort: ›Wo gehobelt wird, da fallen Späne‹, einem Spruch, mit dem man bekanntlich jegliches rechtfertigen kann und gerechtfertigt hat. In solcher Gesinnung wird nur dort Geschichte überhaupt anerkannt, wo Späne auch wirklich fallen, bis dann mehr oder minder offen die Größe von Ereignissen nur noch gemessen wird an der Zahl der Opfer, die sie fordern. Psychologisch ist diese Gesinnung die beste, ja die einzig mögliche Vorbereitung für das Leben unter Verhältnissen, die vom Terror bestimmt sind. Denn in ihr hat man bereits den besten Freund, den beliebtesten Menschen und auch sich selbst als mögliche Späne für das erhaltene Hobeln von Natur oder Geschichte erkannt und geopfert.»⁹

Diese Ideologie hat nicht wenige derjenigen, die sich nach 1945 ans Werk machten, um einen neuen Staat aufzubauen, entscheidend geprägt. Ihre grundsätzlichen politischen Erfahrungen bezogen sie aus der Zwischenkriegszeit. Die konkreten persönlichen Erlebnisse mögen ganz verschieden gewesen, ihre Schlussfolgerungen aber ähnelten sich: sie verstanden sich getreu Lenins als von Feinden umzingelte Avantgarde der Arbeiterklasse. Bis zuletzt galt in der SED-Diktatur die «Erziehung zum Hass» als grundlegend, um «Frieden, Sozialismus und Wohlstand» zu sichern und auszubauen. Ulbricht, Mielke, Erich Honecker und ihre engsten Getreuen blieben in diesem Horizont zeitlebens gefangen. Sie

I. Geheimpolizei und Kommunismus

dirigierten und administrierten nicht nur wie in einer «Zwischenkriegszeit». Sie blieben auch stets im Selbstverständnis eine «avantgardistische Vorhut», die unentwegt existenziell bedroht wurde. Der «Kalte Krieg» war auch einer gegen die eigene Bevölkerung. Das hatte einschneidende Folgen für Staat und Gesellschaft. Von Wolfgang Leonhard stammt die Überlieferung, wonach Walter Ulbricht im Mai 1945 kurz nach der Rückkehr aus dem sowjetischen Exil die Parole ausgehen habe: «Es ist doch ganz klar: Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.»¹⁰ Dass dieses Macht- und Herrschaftsverständnis keine Fiktion war, sondern den Auffassungen der Kommunisten nach 1945 entsprach, zeigte sich nicht nur in den nachfolgenden Jahren immer wieder aufs Neue. Es entsprach auch den eigenen Überzeugungen.

Im September 1949 weilten aus der engeren SED-Führung Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Fred Oelßner für knapp zwei Wochen in Moskau, um mit der sowjetischen Führung Wirtschaftsfragen sowie die Modalitäten der DDR-Gründung zu beraten. Der Regiesessel stand in Moskau. Nach Ost-Berlin zurückgekehrt ging die SED-Führung eilig daran, die Staatsgründung vorzubereiten. Auf einer Parteivorstandssitzung am 4. Oktober 1949 wurden die übrigen Spitzenfunktionäre der SED über die gefassten Beschlüsse informiert und die künftige Regierung vorgestellt – so wie sie in Moskau bestimmt worden war. Nach einem längeren Referat des Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck kam es zu einer Aussprache. Ein «Diskussionsredner» war Gerhart Eisler. Der Bruder des Komponisten Hanns Eisler trat der KPD 1918 bei und betätigte sich bereits in den zwanziger Jahren als Agent sowjetischer Geheimdienste. Zum Zeitpunkt der DDR-Gründung war er hauptverantwortlich für Massenagitation und nach dem 7. Oktober dann Leiter des Amtes für Information bei der Regierung. Seine Ausführungen auf der Tagung des SED-Parteivorstandes belegen, wie sehr sich die Kommunisten bewusst waren, dass sie ihre Macht niemals demokratisch legitimieren könnten. Gerhart Eisler sagte: «Zweitens gebe ich zu bedenken, ob man nicht an dem Tage, an dem der Volksrat sitzt, [sich] in die Provisorische Volkskammer verwandelt, in Berlin selbst und auch in anderen Städten große Demonstrationen organisiert [...] So wird sich die provisorische Regierung weithin sichtbar in der ganzen Zone von vornherein auf eine ständig anschwellende Bewegung der Massen stützen. Das sollten wir diskutieren und dann durchführen; denn als Marxisten müssen wir wissen: wenn wir eine Regierung grün-

I. Geheimpolizei und Kommunismus

den, geben wir sie niemals wieder auf, weder durch Wahlen noch andere Methoden.»¹¹

Wenn Eisler nicht so deutlich ausgesprochen hätte, dass sie die Macht niemals wieder abgeben würden, schon gar nicht durch Wahlen, dann hätte man einen solchen Ausspruch geradezu erfinden müssen: Macht ausüben um jeden Preis. Es war logisch, dass Walter Ulbricht, der mächtigste kommunistische deutsche Funktionär zwischen 1945 und 1971, nach dem zuletzt zitierten Satz von Eisler einwarf: «Das haben einige noch nicht verstanden!»¹²

Das für die Gesellschaft verhängnisvolle an dieser Einstellung war nicht nur der Umstand, dass den Kommunisten ihre Diktatur selbst logisch und rechtmäßig vorkam. Sie haben bis zu ihrem Untergang keinen Zweifel daran gelassen, dass es sich bei ihrer Staatsform um eine «Diktatur» handele, um die «Diktatur des Proletariats». Sie meinten damit zwar ab den sechziger Jahren nicht mehr das, was gemeinhin unter einer Diktatur verstanden wird. Aber sie hielten daran fest, obwohl sie nun häufig mit *moderneren* Begriffen wie «sozialistische Demokratie» oder «sozialistische Gesetzlichkeit» operierten. Im Kern ging es darum, jedes und alles vom «Klassenstandpunkt» aus zu sehen, der sich freilich über Nacht in sein Gegenteil verkehren konnte. Aber dies nachzuvollziehen, war nur eine Form gehobenen Klassenbewusstseins, gleichbedeutend damit, die jeweils aktuell gültige Linie der Parteiführung als unumstößlich, «wissenschaftlich» abgesichert und «gesetzmäßig» folgerichtig zu akzeptieren. Auf Marx, Engels, Lenin (und bis 1956 Stalin) konnten sie sich dabei stets verlassen, hatten die doch in ihren Leben so viel geredet, geschrieben und unterzeichnet, dass sich praktisch für fast jeden Winkelzug der kommunistischen Politik eine theoretische Erklärung bei den «Klassikern» finden ließ.

Der Terror, den die Besatzungsmacht und alsbald ihre deutschen Helfer in der Ostzone ab 1945 entfalteten, hatte zwei Quellen. Die eine war nachvollziehbar und entsprach alliierten Übereinkünften. Die Verantwortlichen der NS-Diktatur für Krieg, Völkermord, Shoah, politisch motivierte Verfolgungen und Morde, für viele Millionen Tote und ein halb zerstörtes Europa sollten und mussten zur Verantwortung gezogen werden. Dass die sowjetische Besatzungsmacht dabei besonders hart und unnachgiebig vorging, war nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass ihr Land dasjenige war, das die größten menschlichen und materiellen Verluste durch die Nationalsozialisten zu erleiden gehabt hatte. Als Sie-

I. Geheimpolizei und Kommunismus

germacht stand es ihr durchaus zu, die materiellen Verluste durch Demontagen zu kompensieren. Auch dass sie Verbrecher und Massenmörder aburteilte, war gerechtfertigt. Und die hunderttausendfachen Übergriffe auf deutsche Zivilisten sind nach den vielen Jahren des Krieges mit seinen entsetzlichen Erscheinungen zu erklären, wenn auch nicht zu rechtfertigen. Unrecht lässt sich nicht mit Unrecht sühnen.

Der zweite Grund für den Terror in der Ostzone aber lag in der Geschichte der Sowjetunion und des Kommunismus an der Macht. Seit sich die Bolschewisten 1917 an die Regierung geputscht hatten, hatte das Land Bürgerkriege, Aufstände, ausländische Interventionen erlebt. Frühzeitig begannen sie, das Land mit einem geheimpolizeilichen Terrorsystem zu überziehen. Lenins Anweisung im Dezember 1917, die Tscheka zu gründen, enthielt bereits jene Sprachelemente, die den «großen Terror» mental vorbereiteten. In einem Schreiben an Felix E. Dzierzynski, das die Bildung der Tscheka begründete, hieß es u. a.: «Die Bourgeoisie begeht die schlimmsten Verbrechen, sie kauft den Abschaum der Gesellschaft und verkommene Elemente, setzt sie unter Alkohol, um Pogrome hervorzurufen. Die Anhänger der Bourgeoisie, besonders unter den höheren Angestellten, unter den Bankbeamten usw., sabotieren die Arbeit, organisieren Streiks, um die Regierung bei ihren Maßnahmen zur Verwirklichung sozialistischer Umgestaltung zu lähmen.»¹³ Diese abwertende, hasserfüllte Sprache wird jahrzehntelang den Terror begleiten. Sie ist nicht nur Ausdruck einer Geisteshaltung und einer praktizierten Politik, sie verdeutlicht auch, wie sehr sich die Kommunisten von echten oder vermeintlichen Feinden und Gegnern umstellt wähten, wie stark sie ihrer sektenhaften Insellage mental treu blieben. Dabei war ihnen stets bewusst, wie gefürchtet ihre Geheimpolizei, «unsere schärfste Waffe», war. Lenin war offenbar auch noch stolz darauf, dass der Begriff «Tscheka» weltweit nicht übersetzt werden musste und überall als Ausdruck des Terrors verstanden wurde. «Ohne eine solche Institution kann die Macht der Werktätigen nicht bestehen, solange es auf der Welt noch Ausbeuter gibt, die nicht gewillt sind, den Arbeitern und Bauern ihre Gutsbesitzer- und Kapitalistenrechte auf dem Präsentierteller darzubieten.»¹⁴ Die Tscheka, so Lenin bei einer anderen Gelegenheit, verwirkliche «unmittelbar die Diktatur des Proletariats, und in dieser Hinsicht kann ihre Rolle nicht hoch genug eingeschätzt werden. Einen anderen Weg zur Befreiung der Massen als die gewaltsame Niederhaltung der Ausbeuter gibt es nicht.»¹⁵ Jeder, der sich nicht ausdrücklich zur Sache der Bolschewiki bekenne,

I. Geheimpolizei und Kommunismus

müsse von der Geheimpolizei beobachtet werden.¹⁶ Unter Beifall folgerte Lenin Ende 1919 unmissverständlich: «Terror und Tscheka sind absolut notwendige Dinge.»¹⁷

Dass auch bei Lenin die Geheimpolizei keine von der Kommunistischen Partei losgelöste Institution darstellte, dass sie «Pläne» zu erfüllen, als «Schild» Angriffe auf die Parteiherrschaft abzuwehren und als «Schwert» Angreifer unschädlich zu machen hatte, dass sie ein Teil der Partei selbst darstelle, artikuliert er immer wieder. Dies musste er, weil seine Revolution zunächst keine war, sondern einen Putsch darstellte, der von Petrograd auf das riesige Land übertragen werden musste – nicht nur gegen den erbitterten Widerstand ihrer Gegner, sondern noch weitaus mehr gegen die Passivität der Bevölkerungsmehrheit. Deshalb waren die Bolschewisten umzingelt von Feinden, von echten – aber vor allem von vermeintlichen, die in Wahrheit passiv und desinteressiert blieben. Der Kommunismus lebte von seiner Selbstbehauptung, alle für den «gesellschaftlichen Fortschritt» zu mobilisieren. Wer sich nicht mobilisieren ließ, wurde zum Gegner erklärt. Lenin: «Wenn Sie infolge Ihrer Kurzsichtigkeit nicht imstande sind, einzelne Genossenschaftsführer zu entlarven, dann setzen Sie einen Kommunisten dorthin, damit er diese Konterrevolution ausfindig macht. Und wenn das ein guter Kommunist ist – *und jeder gute Kommunist ist gleichzeitig auch ein guter Tschekist* –, dann muss er, wenn er einmal in der Konsumgenossenschaft steckt, mindestens zwei konterrevolutionäre Genossenschafter aufstöbern.»¹⁸ Stalin hat dies kurz vor Beginn der Terrorwelle 1936/38 aufgegriffen und am 29. Juli 1936 eindringlich so formuliert: «Unter den gegenwärtigen Umständen muss es die unveräußerliche Eigenschaft eines jeden Bolschewiken sein, dass er einen Gegner der Partei zu erkennen vermag, auch wenn er sich noch so gut tarnt.»¹⁹

Diese Haltung kostete Millionen das Leben, noch mehr sind deportiert und in das weitverzweigte Lagersystem zur Zwangsarbeit verschleppt worden. Die Geheimpolizei als verlängerter Arm der Kommunistischen Partei blieb dabei das wichtigste Unterdrückungsmittel. Daneben sind zwei Elemente der sowjetischen Geheimpolizei festzuhalten, die auch für das MfS grundlegend werden sollten. Anders als frühere Geheimpolizeien war mit der sowjetischen ein neuer Typus geboren worden: «Erstens gab es jetzt ein neues Feindbild für den Staat, bei dem es nicht mehr in erster Linie um Konflikte um Macht, Einfluss, Territorien und Ressourcen ging, sondern um die ideologische Orientierung des feindlichen Staates. Diese

I. Geheimpolizei und Kommunismus

Orientierung betraf nicht mehr nur die Regierungs- und Gesellschaftsspitze [...], sondern die gesamte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung einschließlich der Wertorientierung, also des politisch-gesellschaftlichen Denkens im weitesten Sinne des Wortes. [...] Zweitens war man nun von der Vorstellung geleitet, dass sich die Unterscheidung zwischen äußeren und inneren Feinden nicht mehr so klar» treffen lasse.²⁰ Schließlich kam hinzu, dass Abweichungen von den Plänen und Zielen – was im realen Sozialismus die Regel darstellte – jederzeit als «Sabotage» gebrandmarkt und entsprechend unnachgiebig gehandelt werden konnten.²¹ «Sabotage» war zu einem strafrechtlich relevanten Vorwurf geworden, der praktisch alles umfassen konnte. Dass damit zugleich der Boden für Denunziationsmöglichkeiten und auch eine die Gesellschaft tatsächlich erfassende Denunziationsbereitschaft bereitet wurde, zählte zu einer der vielen Folgen.

Als die sowjetische Besatzungsmacht und ihre deutschen Helfer im Frühjahr 1945 begannen, ihr neues System zu errichten, waren sie von diesen Erfahrungen geprägt. Ihnen war zwar bewusst, dass sie in ihrem Teil Deutschlands die bestehenden Traditionen, politischen Kulturen und Mentalitäten zu berücksichtigen hatten. Da sie zugleich aber einen prinzipiellen Neuaufbau anstrebten, der eine Zerschlagung nicht nur der bisherigen staatlichen und politischen, sondern ebenso der wirtschaftlichen und der gesellschaftlichen Strukturen einschloss, stand ihnen als Vorbild lediglich die Revolutionierung der sowjetischen Gesellschaft zur Verfügung. Eine restlose Sowjetisierung von Staat und Gesellschaft in der SBZ/DDR erfolgte zwar nicht. Gleichwohl haben die Herrscher eine Vielzahl von Strukturen, Institutionen und «Mobilisierungsmaßnahmen» dem sowjetischen Vorbild entlehnt. Dafür gibt es viele Beispiele. Am deutlichsten wird dies am Macht- und Sicherheitsapparat.

Ausgangsbedingungen: die sowjetische Besatzungsherrschaft

In Karlshorst hatte ein Kasernenkomplex die Kriegshandlungen unversehr überstanden. Der Berliner Stadtteil wurde zum Synonym für die sowjetische Besatzungsmacht, auf dem weitläufigen Gelände einer einstigen Heerespionierschule befand sich seit Juni 1945 der Sitz der «Sowjetischen Militäradministration in Deutschland» (SMAD). Große Teile des Stadtteils Karlshorst wurden von den Russen beschlagnahmt und das